

Allgemeine Vergabebedingungen für das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Einführung eines CRM-Systems

Vergabenummer: EK_25-061

byte – Bayerische Agentur für Digitales GmbH
Oskar-von-Miller-Ring 35
80333 München

Inhalt

1.	Ziel und Ablauf des Vergabeverfahrens - was ist der Rahmen?.....	3
2.	Auftraggeberin - Wer sind wir	6
3.	Elektronische Kommunikation über die Vergabeplattform – Wie kommunizieren wir? 7	
4.	Allgemeine Pflichten	7
5.	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen oder Bieterfragen – Was passiert, wenn Sie etwas nicht verstehen?	8
6.	Können sich Anbieter zusammenschließen (Bietergemeinschaft)?	9
7.	Können andere Firmen Teilleistungen erbringen (Unterauftragnehmer)?	11
8.	Können Drittunternehmen für den Eignungsnachweis herangezogen werden (Eignungsleihe)?	12
9.	Anforderungen an den Teilnahmeantrag und das Angebot - Wie erfolgt die Abgabe, was muss jeweils enthalten sein?	12
10.	Einreichung des Teilnahmeantrags sowie Prüfung der Teilnahmeanträge.....	15
11.	Einreichung des Angebots sowie Angebotsprüfung und -bewertung.....	17
12.	Fristen/Termine - Welche Fristen und Termine gelten?	21
13.	Kostenerstattung - Werden Kosten für die Angebotserstellung erstattet?	22
14.	DSGVO-Hinweis - Wie sieht es mit dem Datenschutz aus?	22
15.	Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen, Vermeidung von Korruption - Wie können wir gemeinsam Bestechung und Monopole vermeiden?	24
16.	Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen – Was passiert mit Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen?	25
17.	Bekanntmachung vergebener Aufträge - Werden die Aufträge öffentlich bekannt gegeben?	25

1. Ziel und Ablauf des Vergabeverfahrens - was ist der Rahmen?

Was ist das Ziel dieses Vergabeverfahrens?

Die byte beabsichtigt im Rahmen dieses **Vergabeverfahrens** ein CRM-System zu beschaffen. Die **Einzelheiten** des Auftragsgegenstandes ergeben sich insbesondere aus der Leistungsbeschreibung und dem Vertrag.

Die **byte** wird im Ergebnis dieses Vergabeverfahrens mit **einem Bieter** durch Zuschlag einen Vertrag über die Einführung eines CRM-Systems mit einer **Laufzeit von 24 Monaten** mit zweimaliger **Verlängerungsoption um je 12 Monate** schließen.

Wie ist der Ablauf dieses Vergabeverfahrens?

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen der Unterschwellenvergabeordnung durchgeführt.

Es wird zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt (**erste Stufe**). Gegenstand des Teilnahmewettbewerbs ist die Prüfung der Eignung zur Erbringung der jeweiligen Leistungen (Fachkunde und Leistungsfähigkeit) und das nicht Vorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB des Bewerbers.

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die geeigneten Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert (**zweite Stufe**). Es werden alle Bewerber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert, die geeignet sind und die Mindestanforderungen an die Eignung erfüllen.

Diejenigen Bewerber, die zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, haben innerhalb der Angebotsfrist verbindliche Erstangebote einzureichen. Nach Ablauf der Angebotsfrist werden die Erstangebote von der Vergabestelle geprüft.

Die Auftraggeberin **kann Verhandlungen mit den Bietern durchführen**. Die Bieter sind ausdrücklich aufgefordert, Verhandlungsvorschläge über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform (siehe Ziffer 3 dieser Allgemeinen Vergabebedingungen) unter Nutzung des Dokuments **14_Formblatt_Verhandlungsbedarf Bieter** einzureichen. Ob, und in welchem Rahmen Verhandlungen durchgeführt werden, wird den Bietern kurzfristig nach Eingang und Prüfung der Angebote mitgeteilt. Entscheidet die Auftraggeberin sich für die Durchführung von Verhandlungen, werden die Bieter nach Abschluss der Verhandlungen zur Abgaben verbindlicher finaler Angebote aufgefordert.

Die byte behält sich jedoch vor, die Angebote **auf Grundlage der Erstangebote** zu vergeben. Die eingereichten Angebote müssen daher verbindlich sein und alle geforderten Unterlagen und Angaben enthalten.

Die **byte** darf von den Bietern Aufklärung über die Angebote sowie die Eignung der Bieter verlangen und Nachforderungen durchführen (soweit in § 41 UVgO zugelassen).

Welche Unterlagen müssen Sie als Bieter beachten und welche sind verbindlich?

Dieses Dokument (Allgemeine Vergabebedingungen) und die Anlagen zu diesem Dokument (Vergabeunterlagen) gelten verbindlich.

Die durch den Auftraggeber über die Vergabeplattform bereitgestellten Vergabeunterlagen bestehen bei der Einleitung des Verfahrens aus:

- 01_Allgemeine Vergabebedingungen (dieses Dokument)
- 02_Leistungsbeschreibung
- 03a_EVB-IT Cloudvertrag
- 03b_EVB-IT Kriterienkatalog für Cloudleistungen
- 03c_EVB-IT Cloud-AGB
- 03d_AVV
- 04_Formblatt_Teilnahmeantrag
- 05_Formblatt_Angebotsschreiben
- 06_Formblatt_Erklärung zu den Ausschlussgründen
- 07_Formblatt_Erklärung zur Eignung
- 08_Formblatt_Bietergemeinschaftserklärung
- 09_Formblatt_Erklärung zu Unterauftragnehmern und Eignungsleihe
- 10_Formblatt_Verpflchtungserklärung
- 11_Anforderungskatalog
- 12_Preisblatt
- 13_Formblatt_Bieterfragen
- 14_Formblatt_Verhandlungsbedarf

Dürfen die Bieter generell Fragen stellen?

Die Bieter dürfen im Rahmen dieses Vergabeverfahrens vor Abgabe des Angebotes Fragen zu den Vergabeunterlagen stellen (siehe Ziffer 5 dieser Allgemeinen Vergabebedingungen).

Wann kann das Vergabeverfahren aufgehoben werden?

Die **byte** ist berechtigt, das Vergabeverfahren aus den in § 48 UVgO genannten Gründen aufzuheben.

Nach dieser Vorschrift kann ein **Vergabeverfahren aufgehoben** werden,

“wenn

- 1. kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,*
- 2. sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,*
- 3. kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder*
- 4. andere schwerwiegende Gründe bestehen.*

Im Übrigen ist der öffentliche Auftraggeber grundsätzlich nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen.“

2. Auftraggeberin - Wer sind wir

Als Digitalisierungspartner der Bayerischen Staatsregierung unterstützen und beraten wir die staatliche Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung digitaler Produkte und Services.

Wie wollen wir mit Ihnen, unserem Partner, zusammenarbeiten?

Basierend auf unserer **Vision**, **Mission** und unseren **Werten** möchten wir zusammen mit Ihnen als unseren Partnern den ausgeschriebenen Vertrag **partnerschaftlich** und **vertrauensvoll** leben.



Unsere Vision

Bayern mit einer öffentlichen Verwaltung, die allen Menschen das Leben erleichtert. Einfach, sicher und transparent.

Unsere Mission

Wir gestalten die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung des Freistaates Bayern aktiv und menschenzentriert.

Unsere Werte

Authentizität Wir verhalten uns, wie wir reden und stehen dazu.	Verlässlichkeit Wir halten uns an Vereinbarungen.
Wertschätzung Wir handeln und kommunizieren mit Respekt und Vertrauen.	Inspiration Wir überzeugen durch neue Impulse und Ergebnisse.
Neugier Wir wollen verstehen und lernen, um Verbesserung zu bewirken.	Closing Gaps Wir verbinden Menschen, Wissen und Systeme.
Menschenzentrierung Wir stellen den Menschen mit seinen Bedürfnissen und Erwartungen in den Mittelpunkt.	Outside-the-Box Wir nehmen verschiedene Perspektiven ein und gehen auch unkonventionelle Wege.

3. Elektronische Kommunikation über die Vergabeplattform – Wie kommunizieren wir?

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt **ausschließlich** elektronisch über die Vergabeplattform

www.dtv.de

Die Kommunikation über die vorgenannte Vergabeplattform wird koordiniert durch die

**Eichler Kern Klein Rechtsanwälte PartG mbB, Invalidenstraße 115,
10115 Berlin,**

die mit der rechtlichen und verfahrenstechnischen Begleitung des Vergabeverfahrens betraut ist. Kontaktaufnahmen jenseits der vorgenannten Vergabeplattform, wie etwa via Post, Telefon oder E-Mail sind nicht zulässig und werden nicht berücksichtigt.

4. Allgemeine Pflichten

Vertraulichkeit – Wer darf welche Informationen sehen oder teilen?

Die Vergabeunterlagen sowie die Anhänge stellen insgesamt vertrauliche Informationen dar.

Sie dürfen nicht ohne die vorherige schriftliche Genehmigung der **byte** zu anderen Zwecken als

- zur Erstellung des Angebotes verwendet sowie
- allein gegenüber den hierfür notwendigerweise eingesetzten Personen offengelegt werden.

Bei Verstößen kann und wird die **byte** die Bieter dazu auffordern, sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Kopien zu vernichten. Ein Zurückbehaltungs- oder sonstiges Recht an diesen Dokumenten oder an gefertigten Kopien besteht zu keiner Zeit.

Allgemeine Pflichten der Bieter - Was sind Ihre Pflichten als Bieter?

Die Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit und Lesbarkeit zu vergewissern.

Die Bieter beteiligen sich an keiner unzulässigen oder gegen die Interessen der **byte** gerichteten Wettbewerbsabsprache. Sie haften der **byte** für sämtliche Schäden, die durch

eine unzulässige oder gegen die Interessen der **byte** gerichtete Wettbewerbsabsprache, an der sie beteiligt waren, verursacht wurde/wird.

Gender-Hinweis

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Dokument grundsätzlich das **generische Maskulinum** verwendet. Die in diesem Dokument verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich jedoch – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf **alle Geschlechter**.

5. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen oder Bieterfragen – Was passiert, wenn Sie etwas nicht verstehen?

Können Fragen gestellt werden?

Fragen können gestellt, **dürfen** jedoch ausschließlich über die **Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform** (siehe Ziffer 3 dieser Allgemeinen Vergabebedingungen) an die **byte** übermittelt werden und werden dort dann beantwortet. Fragen sollen möglichst unter Nutzung des dafür vorgesehenen Formblatts – 13_Formblatt_Bieterfragen – gestellt werden. Es werden über dies hinaus keine telefonischen oder schriftlichen Auskünfte über den Stand des laufenden Vergabeverfahrens erteilt. Eine direkte Kontaktaufnahme mit der **byte** oder ihren Mitarbeitern betreffend des Vergabefahrens ist zu unterlassen.

Bis wann können Sie Fragen stellen?

Bieterfragen sollten schnellstmöglich gestellt werden. Sie sind unter Einhaltung der in Ziffer 12 dieser Allgemeinen Vergabebedingungen benannten Fristen einzureichen. Nach diesen Terminen kann nicht sichergestellt werden, dass Fragen rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist beantwortet werden können. In Ausnahmefällen behält sich die **byte** vor, sachdienliche Fragen zu beantworten und die Angebotsfrist zu verlängern soweit erforderlich.

Wie werden die Fragen beantwortet?

Rechtzeitig auf der Vergabeplattform eingegangene Fragen der Bieter werden gesammelt und grundsätzlich jeweils gemeinsam in anonymisierter Form gegenüber allen

Bietern beantwortet. Die Fragen und Antworten und ggf. überarbeitete Vergabeunterlagen werden dann gesammelt allen Bietern über die Vergabepattform zu Verfügung gestellt. Der Bieter hat sich über alle eingestellten Antworten **eigenständig zu informieren** und deren Inhalte bei der **Erstellung des Angebotes zu berücksichtigen**.

Die **im Verlauf dieses Verfahrens** erteilten

- weiteren **Informationen** (Antworten der **byte** auf Fragen und sonstige schriftliche Hinweise) sind ebenso wie
 - die **Vergabeunterlagen**
- bei der Erstellung des Angebotes zu berücksichtigen und zugrunde zu legen.

Antworten und Hinweise der **byte**, die die Vergabeunterlagen

- ergänzen,
- präzisieren oder
- abändern,

gehen den Vergabeunterlagen vor.

Änderungen der Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der EU, die diese Vergabeunterlagen ergänzen, erfolgen dort im Wege einer Änderungsbekanntmachung.

6. Können sich Anbieter zusammenschließen (Bietergemeinschaft)?

Die Bildung und Beteiligung von Bietergemeinschaften an diesem Vergabeverfahren ist vergaberechtlich grundsätzlich zulässig. Allerdings unterliegt jede Bietergemeinschaft den rechtlichen Grenzen des gesetzlichen Kartellverbots nach § 1 GWB. Diese Norm lautet: *„Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“* Unter der Voraussetzung, dass kein Verstoß gegen das Kartellverbot vorliegt, wofür die Mitglieder einer Bietergemeinschaft selbständig einstehen müssen, kann sich eine Bietergemeinschaft an dem Vergabeverfahren beteiligen und ein Angebot als Bietergemeinschaft abgeben.

Das bedeutet konkret:

Es ist zugelassen, dass sich Unternehmen oder Personen zusammenschließen, soweit dies sinnvoll/erforderlich ist, um ihre Kapazitäten zu bündeln, weil sie den Auftrag nicht allein oder nicht in der geforderten Qualität erfüllen können.

Bietergemeinschaften werden wie Einzelbieter behandelt, § 32 Abs. 2 UVgO. Soweit in den Vergabeunterlagen von Bietern die Rede ist, sind damit auch Bietergemeinschaften gemeint, soweit nicht etwas Gegenteiliges angegeben ist.

Bietergemeinschaften haben im Zuschlagsfall eine Rechtsform anzunehmen, bei der eine gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder sichergestellt ist.

Bietergemeinschaften haben im Rahmen ihres Angebots die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen (**08_Formblatt_Bietergemeinschaftserklärung**).

Hinweis: Auch konzernverbundene Unternehmen und freie Mitarbeiter sind Dritte, und müssen, wenn sie den Auftrag ganz oder teilweise übernehmen, als Unterauftragnehmer bzw. in eine Bietergemeinschaft eingeführt werden.

In der Bietergemeinschaftserklärung sind sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen. Die erklärenden Personen jedes einzelnen Bietergemeinschaftsmitglieds sind namentlich anzugeben.

Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung bzw. Neubildung einer gegründeten Bietergemeinschaft (Eintritt, Austritt oder Austausch von Mitgliedern bzw. Neubildung) nach Ablauf der Angebotsfrist muss der Vergabestelle gegenüber unverzüglich in Textform (z. B. über die Vergabeplattform, per E-Mail) angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe kann nach der vergaberechtlichen Rechtsprechung unzulässig sein und zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren führen. Nach Anzeige durch den Bieter behält sich die Vergabestelle eine entsprechende Prüfung vor.

7. Können andere Firmen Teilleistungen erbringen (Unterauftragnehmer)?

Sofern der Bieter Teile des Auftrags durch Dritte (auch konzernverbundene Unternehmen oder freie Mitarbeiter) ausführen lassen möchte, die nicht Teil einer Bietergemeinschaft sind, gilt für diese Unterauftragnehmer (zum Teil auch – synonym – Nachunternehmer genannt) Folgendes:

Der Bieter muss mit Angebotsabgabe alle Leistungsbereiche in seinem Angebot benennen, in denen er Unterauftragnehmer einsetzen möchte.

Soweit zumutbar, muss er - zusätzlich zu den Leistungsbereichen - bereits mit Angebotsabgabe die konkret vorgesehenen Unterauftragnehmer namentlich benennen, die er einsetzen wird. Hierfür ist das **09_Formblatt_Erklärung zu Unterauftragnehmern und Eignungsleihe** zu verwenden.

Soweit dem Bieter die namentliche Benennung der Unterauftragnehmer mit dem Angebot nicht zumutbar ist, muss er dennoch mit dem Angebot bereits die Leistungsbereiche in dem **09_Formblatt_Erklärung zu Unterauftragnehmern und Eignungsleihe** angeben, in denen Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen. Den Namen des Unterauftragnehmers muss der Bieter erst auf Aufforderung der byte spätestens vor Zuschlagserteilung benennen.

Auf Aufforderung des Auftraggebers muss der Bieter zudem vor Zuschlagserteilung eine Verpflichtungserklärung (**10_Formblatt_Verpflichtungserklärung**) oder einen anderen Nachweis der Verfügbarkeit der Kapazitäten des Unterauftragnehmers sowie die Erklärung zu den Ausschlussgründen (**06_Formblatt_Erklärung zu den Ausschlussgründen**) für jeden Unterauftragnehmer einreichen. Die byte behält sich deshalb vor, die Eignung der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu prüfen.

Liegen Ausschlussgründe vor, kann die byte den Bieter zum Austausch des Unterauftragnehmers auffordern.

Es wird darauf hingewiesen, dass für Unterauftragnehmer aller Stufen § 128 Abs. 1 GWB Anwendung findet.

8. Können Drittunternehmen für den Eignungsnachweis herangezogen werden (Eignungsleihe)?

Der Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle bzw. die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe).

Die Drittunternehmen und die Kapazitäten, die zur Verfügung gestellt werden, sind im **09_Formblatt_Erklärung zu Unterauftragnehmern und Eignungsleihe** aufzulisten.

Für jedes benannte Drittunternehmen muss der Bieter eine Verpflichtungserklärung (**10_Formblatt_Verpflichtungserklärung**) oder einen anderen Nachweis der Verfügbarkeit seiner Kapazitäten sowie das **06_Formblatt_Erklärung zu den Ausschlussgründen** beifügen.

Soweit der Bieter im Hinblick auf die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch nimmt, hat dieses Unternehmen die Leistung, für die die Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich zu erbringen.

9. Anforderungen an den Teilnahmeantrag und das Angebot - Wie erfolgt die Abgabe, was muss jeweils enthalten sein?

Wie werden Teilnahmeantrag und Angebot abgegeben?

Die **Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote** ist **ausschließlich elektronisch** über die Vergabeplattform nach vorheriger Registrierung möglich. Teilnahmeanträge und Angebote, die in Papierform oder auf anderen Wegen (Fax, E-Mail etc.) eingehen, werden bei der Prüfung nicht berücksichtigt.

Hierbei sind die geforderten Formulare und Angebotsunterlagen

- entsprechend auszufüllen,
- sofern vorgesehen einfach zu signieren oder mit einer lesbaren Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist (Textform im Sinne von § 126 b BGB) zu unterzeichnen, und
- auf die Vergabeplattform hochzuladen,
- sowie aktiv über die dafür vorgesehene Schaltfläche einzureichen.

Bei **der Abgabe** ist **Folgendes** zu beachten:

Bei den von der Vergabestelle zur Verfügung **gestellten Unterlagen**, handelt es sich weitestgehend um **ausfüllbare Dateien**, so dass diese **direkt** oder **nach einem vorherigen Download durch den Bieter digital ausgefüllt** und dem **Angebot beigelegt werden können**.

Dies hat den Vorteil, dass **durchsuchbare Dateien** (kein Scan) entstehen, welche eine Auswertung durch die Vergabestelle deutlich erleichtern.

Teilnahmeanträge und Angebote sind in all ihren Bestandteilen **zwingend in deutscher Sprache** einzureichen. Das gleiche gilt für den **Schriftverkehr mit dem Auftraggeber**.

Eingereichte Urkunden oder Dokumente, die in einer anderen Sprache abgefasst sind, sind zwingend auch in deutscher Übersetzung vorzulegen. Sämtliche geforderte Nachweise (z.B. Zertifikate), welche dem Bieter nur in Papierform vorliegen, sind als Scan als PDF-Dokument hochzuladen.

Was muss der Inhalt des Teilnahmeantrags sein?

Der Teilnahmeantrag ist unter Verwendung des Dokumentes

04_Formblatt_Teilnahmeantrag mit sämtlichen dort geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen einzureichen.

Eine Aufstellung der einzureichenden Unterlagen ist dem 04_Formblatt_Teilnahmeantrag zu entnehmen.

Das Dokument **04_Formblatt_Teilnahmeantrag** muss einfach signiert oder mit einer lesbaren Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist (Textform im Sinne von § 126 b BGB) unterzeichnet sein.

Diese **Signatur bzw. Unterzeichnung in Textform** des Teilnahmeantrags **umfasst den gesamten Teilnahmeantrag**, d.h. dass **sämtliche Bestandteile** des Teilnahmeantrags damit in Bezug auf den Bieter / die Bietergemeinschaft als signiert/unterzeichnet anzusehen sind und somit keiner gesonderten Signatur/Unterzeichnung bedürfen. Es sei denn, es wird in diesen Allgemeinen Vergabebedingungen oder in dem jeweiligen Dokument explizit die Signatur/Unterzeichnung seitens der Mitglieder der Bietergemeinschaft bzw. des Drittunternehmens, auf das sich im Rahmen einer Eignungsleihe gestützt wird, gefordert.

Was muss der Inhalt des Angebotes sein?

Das Angebot ist unter Verwendung des Dokumentes **05_Formblatt_Angebotsschreiben mit sämtlichen dort geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen** einzureichen. Eine Aufstellung der einzureichenden Unterlagen ist dem 05_Formblatt_Angebotsschreiben zu entnehmen. Neben den von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblättern sind dabei insbesondere das **12_Preisblatt** und der **11_Anforderungskatalog** vollständig ausgefüllt einzureichen. Außerdem ist ein **Projektplan** durch den Bieter zu erstellen.

Das Dokument **05_Formblatt_Angebotsschreiben** muss einfach signiert oder mit einer lesbaren Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist (Textform im Sinne von § 126 b BGB) unterzeichnet sein.

Diese **Signatur bzw. Unterzeichnung in Textform** des Angebotsschreibens **umfasst das gesamte Angebot**, d.h. dass **sämtliche Bestandteile** des Angebotes damit in Bezug auf den Bieter / die Bietergemeinschaft als signiert/unterzeichnet anzusehen sind und somit keiner gesonderten Signatur/Unterzeichnung bedürfen. Es sei denn, es wird in diesen Allgemeinen Vergabebedingungen oder in dem jeweiligen Dokument explizit die Signatur/Unterzeichnung seitens der Mitglieder der Bietergemeinschaft gefordert.

Hinweis:

Die **byte** empfiehlt dringend, auf das Beifügen eines eigenen Begleitschreibens zu verzichten. Sollten Bieter durch Verwendung derartiger Schreiben

- Vorbehalte,
- Bedingungen oder
- sonstige Hinweise und Formulierungen

in **ihrem Angebot platzieren**, die Regelungen in den Vergabeunterlagen ändern, kann dies **einen Ausschluss des Angebots** zur Folge haben.

Die **byte behält sich vor**, die **inhaltliche Richtigkeit** der vom Bieter gemachten Angaben und Nachweise zu **überprüfen**.

In Zweifelsfällen wird der Bieter zur Stellungnahme aufgefordert.

Nicht nachgewiesene Angaben und Nachweise können zum **Ausschluss** führen.

Nebenangebote / Mehrere Hauptangebote - Kann der Bieter Nebenangebote abgeben?

Nebenangebote sind unzulässig und werden ausgeschlossen.

Änderungen an den Vergabeunterlagen?

Es dürfen seitens des Bieters keine Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen werden. Sind Änderungen vorgenommen worden, so kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Der Bieter sichert mit Abgabe seines Angebotes zu, dass die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht geändert oder ergänzt wurden.

Der Bieter darf keine eigenen oder sonstigen von den Vertragsbedingungen der **byte** abweichenden (Allgemeinen) Geschäftsbedingungen in sein Angebot einbeziehen. Bietereigene Allgemeine Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen entfalten keinerlei Geltung.

10. Einreichung des Teilnahmeantrags sowie Prüfung der Teilnahmeanträge

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich über die unter Ziffer 3 genannte Vergabeplattform bis zum

03. Juli 2026, 12.00 Uhr

einzureichen.

Vom **Bieter** sind dem Teilnahmeantrag sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen.

Mündliche Ergänzungen werden **nicht** berücksichtigt.

Teilnahmeanträge, die in Papierform oder auf anderen Wegen (Fax, E-Mail etc.) eingehen, werden bei der Prüfung nicht berücksichtigt. Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach §§ 41 ff. UVgO.

Die rechtzeitig eingegangenen geöffneten Teilnahmeanträge werden in folgenden aufeinander folgenden Schritten geprüft:

1. **Formale Prüfung**
2. **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen**
3. **Prüfung der Erfüllung der Eignungskriterien.**

Erster Schritt - Formale Prüfung

Im ersten Schritt wird der Teilnahmeantrag auf fristgerechten Eingang, Vollständigkeit und die Einhaltung der oben beschriebenen Formerfordernisse geprüft.

Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein. Die **byte** behält sich jedoch vor, von den Bietern gem. § 41 Abs. 2 UVgO bestimmte Unterlagen nachreichen, korrigieren oder vervollständigen zu lassen. Die **byte** ist hierzu aber **nicht verpflichtet**. Die Entscheidung hierüber steht in **ihrem freien Ermessen**.

Fordert die **byte** Angaben etc. berechtigterweise nach, hat der **Bieter** diese der **byte** innerhalb der von der **byte** gesetzten Frist zu übermitteln. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf dem Server der Vergabepattform.

Sollte der Bieter der Nachforderung nicht nachkommen, muss der Teilnahmeantrag von der Wertung ausgeschlossen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass bestimmte fehlende Unterlagen oder Angaben nicht nachgefordert werden können und in diesem Fall der betroffene Teilnahmeantrag ausgeschlossen werden muss.

Zweiter Schritt - Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Im zweiten Schritt hat die **byte** gemäß §§ 123, 124 GWB i. V. m. § 31 Abs. 1 UVgO das **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen** zu überprüfen. Dies sind die Angaben im **06_Formblatt_Erklärung zu den Ausschlussgründen**.

Bei Bildung einer Bietergemeinschaft muss jedes Mitglied die Erklärungen abgeben. Im Falle einer Eignungslleihe sind die Erklärungen durch jedes Drittunternehmen, das für die Eignungslleihe herangezogen wird, abzugeben.

Dritter Schritt – Prüfung der Erfüllung der Eignungskriterien

In einem dritten Schritt wird die Eignung des Bieters überprüft. Mit der Eignungsprüfung wird die zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendige Fachkunde und

Leistungsfähigkeit des Bieters geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung ergibt die Aussage, ob der Bieter geeignet ist oder nicht.

Hierzu werden von den Bietern die nachfolgenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise gefordert. Hierfür sind, soweit möglich, die Formblätter der Vergabestelle zu verwenden. Das Angebot eines Bieters/einer Bietergemeinschaft, der/die nach dem Ergebnis dieser Prüfung die Eignungsanforderungen nicht erfüllt, wird ausgeschlossen.

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bieter oder die Bietergemeinschaft sowie jedes eignungsverleihende Unternehmen in dem Umfang, in welchem eine Eignungsleihe erfolgt, die in dem **07_Formblatt_Erklärung zur Eignung** geforderten Erklärungen und Nachweise abzugeben. Dabei haben die Bieter zu beachten, dass Mindestanforderungen aufgestellt wurden, bei deren Nichterreichen der Teilnahmeantrag ausgeschlossen werden muss.

11. Einreichung des Angebots sowie Angebotsprüfung und -bewertung

Das Angebot ist ausschließlich über die unter Ziffer 3 genannte Vergabeplattform bis zum

22. Juli 2026, 12.00 Uhr

einzureichen.

Vom **Bieter** sind dem Angebot sämtliche geforderten Unterlagen beizulegen.

Mündliche Ergänzungen werden **nicht** berücksichtigt.

Angebote, die in Papierform oder auf anderen Wegen (Fax, E-Mail etc.) eingehen, werden bei der Prüfung nicht berücksichtigt. Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt nach §§ 41 ff. UVgO.

Die rechtzeitig eingegangenen geöffneten Angebote werden in folgenden aufeinander folgenden Schritten geprüft:

1. **Formale Prüfung**
2. **Verhandlung (vorbehalten)**
3. **Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots.**

Erster Schritt - Formale Prüfung

Im ersten Schritt wird das Angebot auf fristgerechten Eingang, Vollständigkeit und die Einhaltung der oben beschriebenen Formerfordernisse geprüft.

Das Angebot muss vollständig sein. Die **byte** behält sich jedoch vor, von den Bietern gem. § 41 Abs. 2 UVgO bestimmte Unterlagen nachreichen, korrigieren oder vervollständigen zu lassen. Die **byte** ist hierzu aber **nicht verpflichtet**. Die Entscheidung hierüber steht in **ihrem freien Ermessen**.

Fordert die **byte** Angaben etc. berechtigterweise nach, hat der **Bieter** diese der **byte** innerhalb der von der **byte** gesetzten Frist zu übermitteln. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang auf dem Server der Vergabepattform.

Sollte der Bieter der Nachforderung nicht nachkommen, muss das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass bestimmte fehlende Unterlagen oder Angaben nicht nachgefordert werden können (bspw. wesentliche Preisangaben) und in diesem Fall das betroffene Angebot ausgeschlossen werden muss.

Zweiter Schritt – Verhandlungen

Ziel etwaiger Verhandlungen ist es, im Rahmen der Verhandlungen die Angebote inhaltlich zu verbessern, indem über etwaige Verhandlungsvorschläge der Bieter verhandelt und die Leistungsbeschreibung und/oder der Vertrag angepasst wird. Die Bieter und der Auftraggeber sollen ein einheitliches Verständnis der zu erbringenden Leistungen erhalten. Etwaige Unklarheiten sollen ausgeräumt werden, um allen Bietern auf Basis angepasster (und für alle Bieter gleichermaßen geltenden) Vergabeunterlagen die Abgabe finaler Angebote zu ermöglichen.

Über die Mindestanforderungen im Rahmen der Eignungsprüfung hinaus sind in diesem Verfahren keine Mindestanforderungen nach § 12 Abs. 4 Satz 2 UVgO festgelegt. Der Auftraggeber kann daher – selbstverständlich in den Grenzen der Identität des Beschaffungsgegenstandes und unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundprinzipien – frei über den Inhalt der Leistung verhandeln. Etwaige Muss-Kriterien in der

Leistungsbeschreibung stellen keine Mindestanforderungen nach § 12 Abs. 4 Satz 2 UVgO dar. Das bedeutet, dass über diese Kriterien verhandelt werden kann. Dennoch sind die Bieter verpflichtet, die Muss-Kriterien zu erfüllen, soweit diese Kriterien nicht nach den Verhandlungen geändert oder angepasst werden.

Die Bieter haben aber keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber bestimmten Verhandlungsvorschlägen nachkommt oder diese aufgreift. Die Festlegung des Beschaffungsgegenstandes obliegt allein dem Auftraggeber.

Nach Abschluss etwaiger Verhandlungen werden die Bieter aufgefordert ein finales letztverbindliches Angebot (BAFO - „Best and Final Offer“) einzureichen.

Dritter Schritt – Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses anhand der **einfachen Richtwertmethode**.

Hierbei kommt folgende Formel zur Anwendung:

$$Z = \frac{L}{P} \times 100.000$$

Z = Zuschlagskennzahl, nach welcher sich das wirtschaftlichste Ergebnis beurteilt

L = Leistungspunktzahl des Angebots

P = Preispunktzahl des Angebots

Der Quotient aus L und P wird mit dem Skalierungsfaktor 10.000 multipliziert und bildet im Ergebnis die Zuschlagskennzahl Z. Es erfolgt eine kaufmännische Rundung auf drei Nachkommastellen. Bei identischer Zuschlagskennzahl erfolgt eine Auslosung.

Ermittlung der Preispunktzahl (P)

Es wird ein fiktiver **Gesamtwertungspreis P** gebildet (vgl. **12_Preisblatt**), der fiktiv die Gesamtkosten für die Auftraggeberin über die Vertragslaufzeit abbildet.

Dieser dient ausschließlich der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots in diesem Vergabeverfahren und muss nicht mit den zu erzielenden Umsätzen während der Vertragslaufzeit übereinstimmen.

Hinweis:

Die **byte** wird anlassbezogen eine **Prüfung der Angemessenheit der Preise** gemäß § 44 UVgO durchführen. Das heißt: Die **byte** wird bei entsprechenden Anhaltspunkten für einen **ungewöhnlich niedrigen Preis** des Angebotes mit dem betreffenden Bieter die Frage der Angemessenheit des Preises aufklären. Zu diesem Zweck kann sie vom Bieter in Textform erforderliche Belege und weitere Informationen verlangen. Kommt der Bieter diesem Aufklärungbegehren nicht innerhalb einer, von der **byte** gesetzten, angemessenen Frist nach, so geht die **byte** von einer nicht zufriedenstellenden Aufklärung des Preises aus. Kann die **byte** nach Prüfung gemäß § 44 UVgO die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend aufklären, darf sie den Zuschlag auf dieses Angebot ablehnen.

Ermittlung der Leistungspunktzahl (L)

Die Angaben der Bieter zu den Soll-Kriterien sowie der eingereichte Projektplan werden mit Leistungspunkten bewertet. Es werden nur volle Leistungspunktwerte vergeben. Alle zu den Soll-Kriterien und dem Projektplan vergebenen Leistungspunktwerte werden aufsummiert und ergeben den Wert L.

Für die **Soll-Kriterien** wird bei Erfüllung der Leistungspunktwert 5 oder bei nicht Erfüllung 0 vergeben. Zwischen dem möglichen Leistungspunktwerten 5 und 0 werden keine Zwischenwerte vergeben. Die Bepunktung erfolgt anhand der von dem Bieter getätigten Erklärungen im Dokument **Anforderungskatalog**.

Bei der Bewertung des eingereichten **Projektplans** wird wie folgt vorgegangen:

Bei der Bewertung der mit den Angeboten eingereichten Konzepte übt der Auftraggeber den ihm zustehenden subjektiven Beurteilungsspielraum im Hinblick auf die Frage aus, ob und inwieweit die Ausführungen der Bieter - insbesondere auch im Vergleich mit den von den anderen Bietern eingereichten Ausführungen - eine möglichst anforderungsgerechte Ausführung des Auftrags in möglichst hoher Qualität erwarten lassen. Hierbei würdigt er die Ausführungen und Nachweise im Rahmen einer Gesamtschau.

Im Rahmen der Bewertung wird auch darauf geachtet, ob der Projektplan inhaltlich erschöpfend, schlüssig, nachvollziehbar, konkret, weiterführend und zielorientiert

ausgestaltet ist. Darüber hinaus werden Aufbau, Struktur und Vollständigkeit der Darstellungen berücksichtigt, wobei sich eine klare, auftragsbezogene und gut nachvollziehbare Darstellung positiv auf die Bewertung auswirkt.

Die **Bewertung erfolgt entsprechend des Erfüllungsgrades** wie folgt:

9-10 Punkte: Sehr guter Erfüllungsgrad: der Projektplan lässt eine herausragend und vorbildliche Leistungserbringung erwarten

7-8 Punkte: Guter Erfüllungsgrad: der Projektplan lässt eine gute und überzeugende Leistungserbringung erwarten

5-6 Punkte: Durchschnittlicher Erfüllungsgrad: der Projektplan lässt eine durchschnittliche bzw. befriedigende Leistungserbringung erwarten

3-4 Punkte: Ausreichender Erfüllungsgrad: der Projektplan lässt eine unterdurchschnittliche bzw. ausreichende Leistungserbringung erwarten

1-2 Punkte: Mangelhafter Erfüllungsgrad

Die vom Bieter **zu liefernden Inhalte und die der Bewertung zugrundeliegende Erwartung** sind folgende:

Gefordert ist ein Projektplan mit Meilensteinen, wie Kick-Off, Implementierung, Testphase, Roll-Out etc. Dieser darf **maximal 2 Ebenen** umfassen.

Der mit dem Angebot einzureichende Projektplan wird im Laufe der Auftragsdurchführung in regelmäßigen Abständen, die im Kommunikationsmodell festgehalten werden, von Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam gereviewt.

12. Fristen/Termine - Welche Fristen und Termine gelten?

Die **byte** behält sich vor, den nachfolgend dargestellten Ablauf unter Berücksichtigung des Wettbewerbs- und des Gleichbehandlungsgrundsatzes falls erforderlich anzupassen.

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge	03.07.2026, 12:00 Uhr
Aufforderung zur Abgabe verbindlicher Erstangebote	08.07.2026

Frist zur Einreichung von Bieterfragen	15.07.2026
Frist für den Eingang der verbindlichen Erstangebote	22.07.2026, 12:00 Uhr
Verhandlungstermine	KW 31
Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote	04.08.2026
Frist für den Eingang der finalen Angebote	11.08.2026, 12:00 Uhr
Vertragsbeginn	mit Zuschlagserteilung
Bindefrist*	15.09.2026

*Die Bieter sind bis zum Ablauf der Bindefrist an ihre Angebote gebunden.

13. Kostenerstattung - Werden Kosten für die Angebotserstellung erstattet?

Die **byte erstattet** vorliegend **keine Kosten**, die den Bietern für die Erstellung der Angebote entstehen.

14. DSGVO-Hinweis - Wie sieht es mit dem Datenschutz aus?

Es ist notwendig, für die Bearbeitung des Vergabeverfahrens, personen- und firmenbezogene Daten, wie z. B. Kontaktdaten und Referenzen zu erheben, elektronisch zu speichern und zu verarbeiten. Die byte ist zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten insoweit verpflichtet, um den vergaberechtlichen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die **personenbezogenen Daten** werden

- vertraulich behandelt und
- nicht für andere Zwecke eingesetzt.

Diese Daten sind **Voraussetzung** für die Prüfung und Berücksichtigung des Angebotes. Die Verarbeitung der Daten findet ihre datenschutzrechtliche Rechtfertigung in Art. 6 Abs. 1

lit. c DSGVO. Die Daten werden gespeichert, solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens bzw. im Rahmen vergaberechtlicher Aufbewahrungsfristen (§ 6 Abs. 2 UVgO), zur Vertragsdurchführung und -abwicklung, zur Erfüllung handelsrechtlicher Aufbewahrungspflichten (§ 257 HGB) sowie zu möglichen Beweis Zwecken, etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren, notwendig ist.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

byte - Bayerische Agentur für Digitales GmbH, Oskar-von-Miller-Ring 35, 80333 München,
Telefon: +49 162/20 36 106, E-Mail: datenschutz@byte.bayern

Welche Rechte haben Sie?

Sie haben gegenüber uns folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO,
- das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO sowie
- das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO.

Soweit eine Verarbeitung auf einer von Ihnen erteilten Einwilligung beruht (Artikel 6 Absatz 1 lit. a, Artikel 9 Absatz 2 lit. a DSGVO), haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zu Ihrem Widerruf erfolgten Verarbeitung wird hierdurch nicht berührt.

Für eine **Widerruf** wenden Sie sich bitte an datenschutz@byte.bayern.

Wie können Sie Widerspruch einlegen?

Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO können Sie jederzeit der weiteren Speicherung und Verwendung Ihrer Daten durch eine Mitteilung an datenschutz@byte.bayern widersprechen.

Wie und wo können Sie sich beschweren?

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO) beim **Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz** (BayLfD). Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München
Adresse: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München
Telefon: 089 / 212672-0
Telefax: 089 / 212672-50
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de
Internet: www.datenschutz-bayern.de

15. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen, Vermeidung von Korruption - Wie können wir gemeinsam Bestechung und Monopole vermeiden?

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen (gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB vom 26.06.2013 – BGBl 2013 Teil I Nr. 32, S. 1750, 3245; zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 9 Gv. 30.10.2017 I 3618) **sind nicht zulässig** und führen zum **Ausschluss** vom Vergabeverfahren, insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über

- Gewinnaufschläge,
- Gewinnbeteiligung,
- die zu fordernden Preise,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen u. Ä.,
- Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, es sei denn, dass sie im Einzelfall nach Maßgabe des GWB ausnahmsweise zulässig sind,
- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten.

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer **unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung** beteiligen, **werden ausgeschlossen**.

Zur Bekämpfung der

- Verhinderung,
- Einschränkung oder
- Verfälschung

des Wettbewerbes hat der Bieter auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages.

Der Bieter verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Er wird insbesondere dem Auftraggeber, seinen mit der Vergabe oder Durchführung des Auftrages befassten Mitarbeiter oder Dritten

- keine Leistung materieller oder
- immaterieller Art,

anbieten, versprechen oder gewähren die den Auftraggeber oder seine Mitarbeiter besserstellt und auf die kein rechtlicher Anspruch besteht.

16. Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen – Was passiert mit Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen?

Informationen in Angeboten sind - **möglichst mit Stempel "vertraulich"** - zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem **Geheimschutz** unterliegen oder Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Die Bieter haben anzugeben, ob für den Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen, beantragt sind oder erwogen werden.

17. Bekanntmachung vergebener Aufträge - Werden die Aufträge öffentlich bekannt gegeben?

Mit der **Abgabe seines Angebots** erklärt sich der **Bieter** damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung **sein Name und der Wertungspreis bekannt gegeben werden**.

Auftragsgegenstand . . . Einführung eines CRM-Systems
Vergabenummer . . . EK_25-061

Sofern der Bieter einwendet, dass die Veröffentlichung den berechtigten geschäftlichen Interessen seines Unternehmens schadet, kann von der Veröffentlichung abgesehen werden. Sofern der Bieter entsprechende Gründe geltend macht, entscheidet die **Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.**
